Altonaer Rathaus-Express
Newsletter der SPD-Fraktion Altona
Nr. 2/2007

INHALT

Urteilsverkündigung vor Ende der Beweis aufnahme? 1
Bismarckbad wird abgerissen 2
Hamburg.de 2
Milde Gaben nach Gutsherrenart 3
Wie sicher ist ein Bahnübergang? 3
Streit um Wandbild 4
Virtueller Grünzug 4
Erklärung zum Tod des Neugeborenen 4
Falscher Gelbblinker 5
„Infonale“ bei Zeise 5
Beachclubs 5
Schülerpraktikum: Die besten Plätze 6

Webtipp: „HIZ Online“

Das Internet bietet senatskritischen Bürgern Möglichkeiten, sich abseits der Tagespresse zu informieren. Unser Spezialtipp ist derzeit die „Hamburger Initiativenzeitung“, die auch online erscheint: www.initiativenzeitung.org

Urteilsverkündung vor Ende der Beweisaufnahme?

Das hätten sich die Urheber sicherlich nicht träumen lassen: Das Fälschen einer Akte am Rande der Bezirksversammlung im März hat eine schwere Krise im Altonaer Rathaus ausgelöst und wird mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Abwahl des Bezirksamtsleiters durch die schwarz-grüne Koalition führen. Ohne Ausschreibung wurde ein Auftrag für mehr als 40 Tausend Euro vergeben, die entsprechende Akte hinterher unter Mitwirkung von hochrangigen Mitarbeitern manipuliert, um die Bezirksversammlung hinters Licht zu führen.
Parallel dazu wurden schwere Fehler in der Tiefbauabteilung bekannt, die Rechnungen einer Schlosserei über mehrere Hunderttausend Euro auf dem Tisch liegen hat, ohne dass sich im Amt Kopien der Aufträge finden lassen.
Auch der SPD-Fraktion platzte angesichts dieser Zustände der Kragen. Sie legte einen weitreichenden Forderungskatalog vor, um die Missstände in den Griff zu bekommen, verbunden mit der Aussage, auch über eine Neuwahl des Bezirksamtsleiters sprechen zu wollen, wenn Amtsin-haber Hinnerk Fock die Probleme nicht in den Griff bekommt.
Mittlerweile hat sich die Sache verselbstständigt und nur noch begrenzt etwas mit dem eigentlichen Anlass zu tun. Anders als von vielen erwartet, hat Bezirksamtsleiter Fock reagiert und umfassende Maßnahmen ergriffen, einschließlich der Umsetzung von Dezernenten.
Gleichzeitig laufen Disziplinarverfahren und Untersuchungen der Innenrevision der Finanzbehörde.

Bezirksamtsleiter als frischer Koalitionskitt

Die Schwarz-grüne Koalition interessiert dies alles nur noch wenig. Sie wittert ihre Chance, die Rathaus-Krise zum Kitt für ihr Bündnis zu machen. Für den 24. Mai wurde die Wahl eines neuen Bezirksamtsleiter angekündigt, selbstverständlich ohne Ausschreibung oder Beteiligung der Öffentlichkeit, wie zuletzt in Bergedorf oder noch vor einigen Jahren in Altona praktiziert.
Sinn macht dies alles nicht: Ein neuer Bezirksamtsleiter würde vor Ende der Untersuchungen im Sommer gewählt, das Urteil also quasi vor dem Ende der Ermittlungen gefällt.
Obendrein soll er (oder sie) für sechs Jahre gewählt werden, also mit Wirkung für die volle Amtszeit der Bezirksversammlung, die im Februar 2008 gewählt wird.
Just aus diesem Grund hatte die SPD erklärt, im Falle von

Bezirksamtsleiter Fock

Focks Versagen nur dann über einen Nachfolger reden zu wollen, wenn dieser überparteilich und ohne Bindungen durch eine schwarz-grüne Koalition in einem transparenten Verfahren gefunden wird.
Danach sieht es aber nicht aus, Schwarz-grün will jetzt eine Neuwahl, auch wenn Hinnerk Fock - auf Drängen der SPD - erklärt hat, ohnehin Mitte 2008 in Pension gehen zu wollen. Ein Nachfolger, der jetzt von Schwarz-Grün gewählt wird, steht somit genauso wie Fock vor dem Problem, von der CDU auf den Stuhl gehoben zu werden ohne Garantie für die Zukunft. Es sei denn, CDU und GAL setzen das in die Tat um, was sie jetzt angekündigt haben: eine Fortsetzung von Schwarz-grün, auch über 2007 hinaus. Noch vor dem Start des Wahlkampfes hat Hamburg damit seine erste Koalitionsaussage und die SPD eine klare Botschaft: Schluss mit Schwarz-Grün!
Was aus einer gefälschten Akte nicht alles werden kann...

Thomas Adrian
Fraktionsvorsitzender

Eine Institution verschwindet nach 95 Jahren: Nur die Südfassade hält noch den Baggern stand.

Offene Wunde im Stadtteil: Bismarckbad wird abgerissen

„Was machen die denn da, das darf doch nicht wahr sein!“ Dieser Spruch ist am Altonaer Bahnhof derzeit häufig zu hören. Das Bismarckbad, eine der ältesten Ottenser Institutionen, fällt den Baggern zum Opfer. Es macht einer Erweiterung des benachbarten „Mercado“ Platz, nachdem die Bäderland GmbH das Bad im Dezember 2005 geschlossen und das Grundstück an die Deutsche Grundvermögen (DGAG) verkauft hatte.

In das neue Gebäude sollen ein Bio-Supermarkt und Modeläden wie Esprit und s.Oliver einziehen. In den Obergeschossen werden Büros entstehen Der in die gegenüberliegende „Präsidenten-Villa“ ausgelagerte Burger King kehrt zurück. Gegen die Schließung des Bades war im Dezember 2005 ein erfolgreicher Bürgerentscheid gelaufen, den der Senat aber aushebelte.

Stefan Krappa

Hamburg.de nun auch zu Axel Springer

hamburg.de

Als Stadt- und Bürgerportal war die Adresse www.hamburg.de einst gestartet. Heute ist das Angebot genauso kommerziell wie www.berlin.de

Beeindruckend sind allerdings die Zugriffszahlen (Page Impressions) der letzten Monate:

Monat	PIs
Feb 2007:	13.445.892
Jan 2007:	15.591.783
Dez 2006:	12.546.544
Nov 2006:	14.975.377
Okt 2006:	14.906.021
Sep 2006:	14.085.357
Aug 2006:	15.820.755
Juli 2006:	15.042.872
Juni 2006:	14.532.716
Mai 2006:	15.081.016

Ein Totalausfall ist leider - trotz SPD-Vorstoßes - immer noch „www.altona.de“.

altona.de
ist zur Zeit nicht erreichbar

Was noch zu Zeiten der SPD-Senate eine Hamburger Erfolgsgeschichte zu werden schien, ist mit der 51-%-Beteiligung wohl endgültig verspielt: Ein bürgernahes städtisches Internetportal, mit dem sich die Hamburger identifizieren. Ursprünglich ruhte „Hamburg.de“ auf drei Säulen: Stadt, Wirtschaft und die Sparkassen von Hamburg und Umgebung hatten sich zusammengefunden, um das Internet allen Bürgern nahe zu bringen. Doch was vor über zehn Jahren vielversprechend begann, wurde unter den CDU-Senaten immer mehr kommerzialisiert. Hatte man zum Beispiel zunächst noch kostenlose E-Mailadressen (wie z.B. Ich@hamburg.de) angeboten, mit denen jeder seine Nähe zu unserer Stadt ausdrücken konnte, gab es bald nur noch komplette Postfächer. Anders als bei der Konkurrenz waren sie natürlich nicht mehr kostenfrei. Auch der ursprüngliche Ansatz, dass Vereine und Initiativen sich dort präsentieren können, ist lange dahin. Diese traurige Entwicklung fand in den letzten Wochen einen neuen Höhepunkt, als die Axel Springer AG die Mehrheit an der Betreibergesellschaft des Stadtportals „hamburg.de GmbH & Co. KG“ übernahm. Die Stadt Hamburg bleibt mit 20 % beteiligt, die weiteren Gesellschafter (HSH Nordbank, Hamburger Sparkasse und die Sparkasse Harburg-Buxtehude) haben ihre Anteile entsprechend reduziert. Während das Engagement für die Springer AG „ein weiterer Schritt unserer Digitalisierungsstrategie“ (Vorstandschef Döpfner) ist, haben die Bürger bei der fortschreitenden Kommerzialisierung des offiziellen Hamburger Stadtportals das Nachsehen. So befindet denn selbst der Hamburger Medienexperte Hans J. Kleinsteuber, sonst nicht gerade ständiger Träger roter Socken, in der taz: „Das ist ein Niedergangsprozess“. Neben dem weiteren Ausbau von Springers marktbeherrschender Stellung fürchtet er vor allem, „dass die Chance, eine unabhängige Plattform für öffentliche Meinungsbildung herzustellen, vollends verspielt ist“. Auf die explizite Frage nach Positiva der Übernahme vermutet er, dass man vielleicht durch Personalabbau wieder in die Gewinnzone komme. „Aber das ist kein Gewinn für die Stadt, sondern lediglich für ein Zeitungshaus.“

Leider sieht es mit unserer lokalen Domain „altona.de“ nicht vielversprechender aus. Im Web ist sie seit Jahren nicht erreichbar, Aktivitäten der Bezirksversammlung versanden und Anträge unserer Fraktion wurden von der Schwarz-Grünen Mehrheit entsorgt. Dabei waren sich die beiden großen Fraktionen schon vor fünf Jahren einig, in dieser Sache gemeinsam vorgehen zu wollen. Mit dem Verlust ihres heutigen schulpolitischen Sprechers an die Bürgerschaft ist der Mehrheitsfraktion im Bezirk aber offenbar der letzte Rest medialer Kompetenz abhanden gekommen.

Dr. Frank Toussaint

„Klar Schiff“? Milde Gaben nach Gutsherrenart

Die Stadt wird seit Jahren immer dreckiger, heißt es oft. Das stimmt, und das nicht nur an sozialen Brennpunkten. Flächendeckend ist das bereits sichtbar in allen Stadtvierteln, seien es nun Parks, Straßenränder, Wohn- oder Gewerbegebieten oder sogenannten touristischen „Vorzeigeorten“. Grund hierfür ist das jahrelange allmähliche Aushungern der Bezirke hinsichtlich der Ausstattung mit Personal und Haushaltsmitteln sowie die drastische Beschneidung sowohl der bezirklichen als auch der ehrenamtlichen Sozialarbeit.

Nun will der Senat pünktlich zur Wahl die jahrelange systematische Vernachlässigung der Bezirke durch punktuelle Maßnahmen im Mini-Format unsichtbar machen. 1,2 Mio. Euro für alle Bezirke als einmalige Spritze für 2007/2008, d.h. im Schnitt etwa 85.000 Euro pro Jahr und Bezirk. Der Senat nennt das „Stärkung der Aufgabenwahrnehmung der Bezirke“, überlässt es aber den Bezirken nicht einmal, die Prioritäten der Maßnahmen selbst festzulegen. Es ist geradezu rührend , mit welcher Sorgfalt und Intensität sich der Senat (eine Landesregierung!) so landeswichtigen Themen wie dem Auslichten und dem Instandsetzen des Schilderwaldes, der Beseitigung von Wildkraut im Straßenraum oder der Reinigung von Spielplätzen hingibt. Es macht dem Senat sichtbar Freude, sich in ureigensten bezirklichen Aufgaben zu tummeln. Wenn es ihm wirklich Ernst mit der Stärkung der Bezirke ist, dann ist massives und nachhaltiges Umsteuern angesagt:

- Bündelung aller flächenrelevanten Kompetenzen vor Ort in den Bezirksämtern, insbesondere Rückführung der Liegenschaftszuständigkeit,
- kräftige Aufstockung der Personalressourcen und Haushaltsmittel der Bezirksämter
- Stärkung der amtlichen und ehrenamtlichen Sozialarbeit in den Bezirken.

Nur sind leider die vorgesehenen Maßnahmen weder massiv (85.000 Euro reichen gerade für die Grundüberholung eines mittelgroßen Spielplatzes) noch nachhaltig (denn pünktlich nach der Wahl ist wieder Schluss). So verbleiben für die Bezirke lediglich ein paar milde Gaben - verteilt nach Gutsherrenart.

Beate Waldtmann

Vandalismus im öffentlichen Raum nimmt seit Jahren zu. Taugliche Rezepte hat der CDU-Senat bislang dagegen nicht gefunden

Wie sicher ist ein Bahnübergang?

Dies ist eine zentrale Frage, die sich in der Diskussion um die Erschließung des neuen Wohngebietes am Marschweg in Rissen dreht. Seit fast zehn Jahren wird dieses Thema im Bezirk bewegt, bis heute ist noch kein Bagger auf dem ehemaligen Katastrophenschutzgelände zu finden. Und nun stellt sich auch die Frage: Wie kommt der Bagger eigentlich dorthin - und dann wieder weg? Die einfachste und für die Anwohner des westlichen Wohngebietes am Achtern Sand angenehmste Lösung ist der Bau einer Brücke über die S-Bahn kurz vor dem „Canyon“ - zuletzt von der Bezirksversammlung im Januar 2007 gefordert. Doch der Verwaltung scheint die Abwicklung des Bauverkehrs über die höhengleiche Kreuzung in der Straße Sieverstücken zu reichen. Besondere Problematik: Keine 50 Meter liegen zwischen Bahnübergang und Einmündung in die B 431, die durch eine Ampel geregelt wird. Ist diese Signalanlage auf rot, so gibt es einen Rückstau. Schon zwei LKW reichen, und die Strecke bis zum Bahnübergang ist dicht. Doch eine besondere Sicherheitslücke sehen die zuständigen Behörden - BSU und BfI - nicht. Das ergab jetzt eine Anfrage der SPD-Fraktion. Eine Kopplung der Signalanlagen von Übergang und Kreuzung wird grundsätzlich als möglich betrachtet, Konkretes bleibt bis heute aus. Selbst Günther Stock, ausgewiesener Bahnex-perte der CDU-Fraktion, äußerte Sicherheitsbedenken bei einer unkoordinierten Abwicklung über den Bahnübergang. Muss es erst zu einem Unfall kommen, bis man in den Fachbehörden aufwacht?

Henrik Strate

Der S-Bahnübergang ist gelb markiert; im Norden das Pavillondorf Sieversstücken

Die Anfrage gibt es in der Rubrik „Anträge“ unter www.spdfraktionaltona.de

Auf der Bunkerwand links soll das Bild entstehen. (Foto: Wöbbeking)

Streit um Bunker-Wandbild

Im August-Lütgens-Park (Altona-Altstadt) gibt es Ärger. Eine Stadtteilinitiative wehrt sich gegen ein geplantes Wandbild am Bunker. Die Bewohner des „Jenckelhauses“ an der Holstenstraße 108/110 haben sich mit einer Eingabe da die Bezirksversammlung gewandt. Darin heißt es: „Die Südseite dieses Hauses erstreckt sich rund 100 m lang auf der Nordseite des August-Lütgens-Parks; wegen der langen Front und der Vielzahl der 30 Wohnungen sind wir von Baumaßnahmen und Regelungen innerhalb des Parks stärker betroffen als alle anderen Einwohner der Umgebung. Was uns aufbringt ist die Information, das Bauvorhaben würde von einem großflächigen Gemälde auf der Bunker-Nordseite ergänzt, dem jeder natürliche Bewuchs zum Opfer fallen werde. Vor Jahren konnten wir durch Intervention bei der STEG verhindern, dass auch die Nordseite des Bunkers künstlerisch gestaltet wird. Jetzt sollen wir mit dem Segen der Bezirksversammlung offenbar doch noch gegen unseren Willen Tag für Tag auf ein 20 x 20 Meter großes Bild starren müssen, das aller Voraussicht nach nur sein Schöpfer gut oder schön findet.Wir wünschen uns stattdessen, dass die Bunkerwände mit Efeu begrünt werden und vor ihm Bäume wachsen dürfen.“ Der Ältestenrat hat jetzt die Verwaltung beauftragt, nach einem Kompromiss zu suchen. Der Jugendhilfeausschuss wird in seiner Sitzung am 7. Mai mit den Anwohnern daran arbeiten.

Stefan Krappa

Die Unterlagen zum Wettbewerb sind online abrufbar unter folgender Adresse: http://www.competitionline.de/site/20012003162947/20012003162947.php?wettbewerb_id=7444

Virtueller Video-Rundgang im Grünzug

Bis zum 31. Mai läuft noch der Offene städtebaulich-landschaftsplanerische Ideenwettbewerb zum Grünzug Neu-Altona. Das Preisgeld in Höhe von 45.000 EUR können Architekten, Landschaftsarchitekten und Stadtplaner aus Deutschland und Dänemark gewinnen. Gegenstand des von allen Fraktionen unterstützten Wettbewerbs ist die Erstellung eines Konzepts im Maßstab 1:1000 für den Bereich des vorhandenen Grünzugs Neu–Altona. Infos gibt es jetzt auch per Rundgang am PC. Er erlaubt eine interessante 360-Grad-Sicht sowie Draufsichten aus der Luft. Die Internet-Adresse lautet: http://www.gruenzug-neu-altona.toposcope.de.
Auf der Startseite werden Hinweise für eventuell noch zu installierende Plugins gegeben.

Stefan Krappa

Erklärung zum Tod des Neugeborenen in Osdorf

Die Bezirksversammlung Altona hat mit großer Betroffenheit vom gewaltsamen Tod eines neugeborenen Babys am 17.3.2007 am Osdorfer Born erfahren. Ohne bisher die genauen Hintergründe und Motive zu kennen, ist für uns die Vorstellung schwer zu akzeptieren, dass Menschen ihre persönliche Situation als so ausweglos ansehen, dass es zu einer derartigen Verzweiflungstat kommen kann. Wir sind traurig und hilflos, dass wir auf diesem Wege wieder daran erinnert werden, dass auch noch so viele Hilfsangebote – von der anonymen Geburt bis zur Babyklappe – eben nicht in jeder Situation jeden Menschen erreichen. Gerade weil eine solche Tat jederzeit und überall wieder passieren kann, dürfen wir in unserem Bemühen nicht nachlassen, Hilfsangebote immer wieder zu verbessern und publik zu machen. Die Bezirksversammlung bedauert zugleich, in welcher Weise in Teilen der Medien ein Zusammenhang zwischen diesem Ereignis und dem Wohnumfeld am Osdorfer Born hergestellt wird. Einem Stadtteil, in dem in den vergangenen Jahren, auch dank des Engagements seiner Bewohner, viele Verbesserungen erreicht werden konnten. Berichte, die in reißerischer Weise versuchen, Auflage und Quote zu erzielen, ohne dabei Rücksicht auf das Schicksal der Betroffenen und die Situation des Stadtteils zu nehmen, werden von den Fraktionen der Bezirksversammlung auf das Schärfste kritisiert.

(Gemeinsame Erklärung aller drei Fraktionen)

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Thomas Adrian, SPD-Fraktion Altona, Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg, Geschäftsstelle: Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg, Tel. 040/3 89 5 32, Fax 040/38 61 56 43, info@spdfraktionaltona.de www.spdfraktionaltona.de; Redaktionelle Bearbeitung, Layout, Fotos: Stefan Krappa

Posse: Behörde platziert Gelbblinker auf der falschen Seite

Dass dem Senat Großprojekte wie die U 4 am Herzen liegen, ist bekannt. Dass aber dafür offenbar alle Kapazitäten in den Behörden gebunden werden, zeigt jetzt ein Patzer in Ottensen. Auf Beschluss der Bezirksversammlung sollte bereits im Dezember letzen Jahres ein gelbes Blinklicht an der Kreuzung Hohenzollernring/Ecke Friedensallee aufgestellt werden. Morgens überqueren zahlreiche Schulkinder die Kreuzung und es kommt immer wieder zu brenzligen Situationen, weil links abbiegende Autofahrer nicht aufpassen. Im Beschluss war der Aufstellort präizise benannt worden. Der Elternrat der Max-Brauer-Schule hatte sich ebenfalls für den Gelbblinker stark gemacht.
Nun wurden zwar sämtliche Ampeln erneuert, der geforderte Gelbblinker kam aber nicht. Die SPD-Fraktion hakte im April in der zuständigen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt nach. Aus dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer - Planung und Entwurf Stadtstraßen Lichtsignalanlagen Programmpflege, S 2, hieß es jetzt, dass die Firma Vattenfall nach Abschluss ihrer Leitungsarbeiten und dem Austausch der großen Ampelmasten auch einen Gelbblinker anbringen sollte. Das war auch geschehen - aber auf der falschen Seite(siehe Foto).
Die SPD wird weiter nachhaken und hofft, dass der Blinker an der richtigen Stelle aufgebaut und der Schulweg endlich sicherer wird.
Stefan Krappa

Auf der falschen Straßenseite platziert und zu klein

Hier müsste er hin, um mehr Sicherheit zu bringen

SPD-Kandidaten stellten sich Bürgern vor

Die Altonaer SPD stellt die Weichen für den Persönlichkeitswahlkampf. Am 22. April präsentierten sich über 40 Frauen und Männer, die für die SPD in die Bürgerschaft und die Bezirksversammlung einziehen möchten, den interessierten Bürgern. In lockerer Sonntags-Atmosphäre nutzen mehre Hundert Bürger die Gelegenheit, in den Zeise-Hallen mit den Bewerbern ins Gespräch zu kommen. SPD-Spitzenkandidat Dr. Michael Naumann plauderte gut gelaunt über die anstehenden Themen des Wahlkampfes. Offiziell aufgestellt werden die SPD-Kandidaten erst in der zweiten Maiwoche. Den Anfang macht der Wahlkreis Kerngebiet (WK 3) am 8. Mai im Altonaer Rathaus. Zwei Tage später folgt der Wahlkreis Blankenese. Dann stehen die SPD-Direktkandidaten für Bürgerschaft und Bezirksversammlung fest. Spitzenkandidat für die BV will wieder Fraktionschef Thomas Adrian werden. Stellvertreter Stefan Krappa kandidiert für den Platz 1 im Wahlkreis Altona. Die Fraktionsvorstandsmitglieder Dr. Birte Pusback und Brigitte Stobbe treten ebenfalls wieder an. HHLA-Betriebsratschef Arno Münster zieht es in höhere Gefilde: Er kandidiert jetzt für die Bürgerschaft. Da die SPD Doppelkandidaturen für Bürgerschaft und Bezirksversammlung ausschließt, musste sich Münster entscheiden.
Stefan Krappa

Neue Ideen für den Wahlkampf: Dr. Michael Naumann tauscht sich mit SPD-Kreischefin Kristin Alheit und Fraktionsvize Stefan Krappa aus

Altonaer Beachclubs legen wieder los

Das Tauziehen um die Verpachtung der städtischen Parkplatzfläche am DFDS-Fährterminal ist beendet. Das Konsortium der drei Beachclubs Hamburg del Mar, Lago Bay und Hamburg City Beach Club unter dem Dach der Holsten Brauerei hat den Zuschlag erhalten. Mehrfach hatte die zuständige Finanzbehörde die Konditionen verändert und neue Bieter ins Verfahren aufgenommen. Die Verhandlungen verzögerten sich so erheblich. Die SPD-Fraktion hatte schließlich erreicht, das der Hauptausschuss ein klares Votum zugunsten der drei Clubs, die in den Vorjahren bereits neben dem Greenpeace-Speicher an der Großen Elbstraße aufgebaut waren, abgibt.
Stefan Krappa

Gerade noch rechtzeitig zum Saisonstart am 1. Mai sind die Clubs fertig geworden

Schülerpraktikum: Wer ergattert den besten Platz?

Früh übt sich, wer ein Meister werden will... Praktikumsplätze in Büros sind immer beliebt.

Eine Umfrage der SPD-Fraktion unter Altonaer Schulen und Betrieben hat ergeben, dass beide Seiten die Bedeutung der Schülerpraktika insbesondere für Hauptschülerinnen und -schüler erkannt haben, dass die Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung jedoch vielfältig sind. Für Dr. Birte Pusback, Sprecherin für den Bereich Wirtschaft und Arbeit und verantwortlich für die Umfrage, ergibt sich aus den zahlreichen Rückmeldungen folgendes Bild: Zwei Arten von Praktika gibt es, die traditionellen zwei- oder dreiwöchigen Betriebspraktika im Block und die Praktika im Rahmen des PraxisLerntages. Hierbei sind die Schülerinnen und Schüler über ein ganzes Schulhalbjahr ein (oder zwei) Tage die Woche im Betrieb, um danach für das zweite Halbjahr den Betrieb zu wechseln oder beim bisherigen Betrieb noch länger zu lernen. Dies ist eine von der Schulbehörde vorgegebene Form des Praktikums für Hauptschulen. Und damit beginnen schon die Schwierigkeiten: Für viele Betriebe ist es nicht ganz einfach, diese Form des Praktikums in die betrieblichen Abläufe zu integrieren. Zwar gibt die Schulbehörde Curricula vor, doch müssen die Betriebe die Anleitung der Schülerinnen und Schüler vor Ort natürlich selbst übernehmen und die Praktikanten gerade wenn es um die Arbeit mit Maschinen geht intensiv betreuen. Die Ausweitung des PraxisLerntages auf noch mehr Schulen als bisher bedingt zudem eine noch größere Konkurrenz um die Praktikumsplätze. Dies merken die Schulen schon jetzt: Den Schülerinnen und Schülern fällt es zunehmend schwer, sich selbst einen Praktikumsplatz zu suchen.

Doch genau dies gehört mit zum Lernziel sich selbst zu überlegen, was man machen möchte, sich die Betriebe zu suchen und mit den selbst erstellten Bewerbungen anzuschreiben, den Umgang mit einer Ablehnung zu lernen und Vorstellungsgespräche erfolgreich zu führen. Je mehr Schulen jedoch mit Praktikanten auf den Markt drängen, desto schwieriger wird es für den Einzelnen, einen Praktikumsplatz zu finden. Zumal gerade die größeren Unternehmen eher zögerlich sind, Schülerpraktikanten von Hauptschulen zu nehmen. Manche schließen diese Schüler sogar grundsätzlich aus.

Da hilft es dann nur bedingt, dass das Bezirksamt Altona sehr vorbildlich dasteht mit seiner Bilanz angebotener Schülerpraktika. Im Hamburger Vergleich bietet unser Bezirksamt überproportional viele Praktikumsplätze für Hauptschülerinnen und -schüler an. Eine Perspektive haben diese jedoch nicht: Eine Ausbildung in der Verwaltung können sie nicht machen, Voraussetzung hierfür ist ein Realschulabschluss. Die Rückmeldung der Altonaer Schulen zeigt jedoch, dass selbst Realschüler es mittlerweile schwer haben. Gerade diejenigen mit schwachem Abschluss konkurrieren auf dem Ausbildungsmarkt mit den guten Realschülern und in attraktiven Branchen sogar mit den Abiturienten, obwohl sie von den Chancen her nicht besser dastehen als Hauptschüler. Im Gegenteil: Viele Projekte und Beratungsangebote, die den Übergang von der Schule in den Beruf erleichtern sollen, sind auf die Zielgruppe der Hauptschüler beschränkt. Schwache•g Realschüler haben also ähnliche Startschwierigkeiten wie Hauptschüler, müssen aber allein zurecht kommen und haben so, trotz formal höherwertigem Abschluss, de facto kaum eine Chance. Diese Lücke in der Vielfalt der bestehenden Angebote sollte dringend geschlossen werden.

Bei den Betrieben wiederum sollte noch mehr für die Schülerpraktika geworben werden, denn diese sind ganz wichtig für die Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler, selbst wenn sie nicht in einen Ausbildungsplatz einmünden. Denn viele Hauptschüler haben kein realistisches Bild von der Arbeitswelt und ihren eigenen beruflichen Chancen. Sie träumen davon zu studieren (!), tolle Berufe zu haben, viel Geld zu verdienen und wenig arbeiten zu müssen und blenden dabei vollkommen aus, wie sich ihre Chancen tatsächlich darstellen. Hier Wunsch und Wirklichkeit wieder anzunähern, schafft Schule nicht allein. Das können die Betriebe allerdings auch nicht leisten. Vielmehr ist das Elternhaus gefragt, bei der Berufsorientierung aktiver mitzuwirken. Dies ist auch eine Lücke, die noch geschlossen werden muss.

Dr. Birte Pusback